



Architektenvertrag

zwischen

Stadt Mülheim an der Ruhr, ImmobilienService,
Hans-Böckler-Platz 5, 45468 Mülheim an der Ruhr
– Auftraggeber, nachfolgend kurz „AG“ genannt –

Und

- Auftragnehmer, nachfolgend kurz „AN“ genannt –

Präambel

Die Stadt Mülheim an der Ruhr beabsichtigt die umfassende Sanierung der im Jahr 1985 errichteten Sporthalle Ludwig-Wolker. Mit dieser Maßnahme verfolgt die Stadt das Ziel, das Gebäude an die aktuellen energetischen, funktionalen und sicherheitstechnischen Anforderungen anzupassen und gleichzeitig die Barrierefreiheit herzustellen.

Die Sporthalle soll als zentraler Standort für den Schul- und Vereinssport sowie für weitere gesellschaftliche Nutzungen dauerhaft gesichert werden. Durch die Sanierung soll eine nachhaltige, zukunftsfähige und barrierefreie Nutzung ermöglicht werden, die den Anforderungen des Klimaschutzes und der Energieeffizienz entspricht.

Die Planung und Umsetzung der Maßnahme erfolgen unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen, technischen Normen sowie der einschlägigen kommunalen Vorgaben. Grundlage bilden die Ergebnisse der bereits durchgeführten Voruntersuchungen und Fachgutachten, die im Rahmen der weiteren Planung zu berücksichtigen sind.

Mit diesem Vertrag beauftragt die Stadt Mülheim an der Ruhr den Architekten mit der Planung und Durchführung der erforderlichen Leistungen im Sinne der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), um die Sanierungsmaßnahme ordnungsgemäß, wirtschaftlich und zweckmäßig umzusetzen.



Inhalt

- § 1 Vertragsgegenstand
- § 2 Vertragsgrundlagen
- § 3 Stufenweise Beauftragung
- § 4 Umfang der Leistungen des Auftragnehmers
- § 5 Leistungen des Auftraggebers und anderer fachlich Beteiligter/Beteiligung von Fachbehörden
- § 6 Termine und Fristen
- § 7 Vergütung des Auftragnehmers
- § 8 Abrechnungen und Zahlungen
- § 9 Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers
- § 10 Haftung des Auftragnehmers / Mängel
- § 11 Haftpflichtversicherung
- § 12 Abnahme
- § 13 Kündigung
- § 14 Nutzungsrecht
- § 15 Vertragsstrafe wegen Überschreitung von Ausführungsfristen
- § 16 Kontrollrechte, Vertragsstrafenregelung, Sonderkündigungsrecht nach TVgG NRW
- § 17 Schlussvorschriften



Anlagen / Vertragsbestandteile

- Anlage 1a: **Zusätzlichen Vertragsbestimmungen für Verträge mit freiberuflich tätigen Objektplanern (ZVB)**
- Anlage 1b: **Allgemeinen Vertragsbestimmungen der Stadt Mülheim an der Ruhr für Verträge mit freiberuflich Tätigen (AVB)**
- Anlage 2: **Niederschrift über die Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz**
- Anlage 2.1: Niederschrift förmliche Verpflichtung
- Anlage 2.2: Rechtsvorschriften zur Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz
- Anlage 3: **Planungsziele**
- Anlage 3.1: Kosten- und Qualitätsziele
- Anlage 3.2: Rahmenterminplan zur Umsetzung
- Anlage 4: **Leistungsbeschreibung und Angebot des Auftragnehmers**
- Anlage 4.1: Angebot des Auftragnehmers, inkl. Darlegung des individuellen Angebots für die Festlegung der Honorarzone sowie den Umbau- und Modernisierungszuschlag unter Beachtung der Anlagen 4.2 bis 4.6
- Anlage 4.2: Angebotskalkulation _Gesamtübersicht
- Anlage 4.3: Leistungsbeschreibung / Angebotskalkulation _Gebäude und Innenräume
- Anlage 4.4: Stundensätze des Auftragnehmers
- Anlage 4.5: Honoraraufteilung für Abrufe auf Basis Angebot
- Anlage 5: **Planungsvorgaben**
- Anlage 5.1: Vorplanung
- Anlage 5.2: Formblatt Nachtragsprüfung
- Anlage 5.3: Projektübergabeliste
- Anlage 5.4: CAD-Pflichtenheft des Immobilienservice der Stadt Mülheim an der Ruhr,
- Anlage 5.5: CAFM-Pflichtenheft des Immobilienservice der Stadt Mülheim an der Ruhr
- Anlage 5.6: Hinweise Beschilderung in öffentlichen Gebäuden
- Anlage 5.7: Handlungsanweisung Lüftungsgesuche im großen Sonderbau
- Anlage 5.8: Leitlinie und Checkliste für eine barrierefreie Gestaltung öffentlicher Gebäude der Stadt Mülheim an der Ruhr
- Anlage 5.9: Allgemeine_Bedingungen_Stadt_ MH-VOB ab 05.10.2022
- Anlage 5.10: Abnahmeprotokoll



§ 1

Vertragsgegenstand

1.1. Maßnahme:

Der Auftraggeber beabsichtigt, folgende Planungs- und Baumaßnahmen zu realisieren:

„Ludwig-Wolker-3-fach-Sporthalle“
in der Ludwig-Wolker-Straße 35, in 45468 Mülheim an der Ruhr

1.2 Planungsziele:

Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, nach Maßgabe dieses Vertrages die Planungs- und Ingenieurleistungen zu erbringen, die sich **aus der Anlage 3** ergeben.

1.3 Gegenstand dieses Vertrags sind die **Grund- und Besonderen Leistungen** aus der **Anlage 4.3 bis 4.5**

1.4 Die **Planungsschritte** ergeben sich aus **Anlage 4** zu diesem Vertrag; sie werden nach Maßgabe des **§3** dieses Vertrages **stufenweise** beauftragt.

§ 2

Vertragsgrundlagen

2.1 Der Auftragnehmer hat folgende Vorgaben zu beachten:

- Die inhaltlichen Festlegungen aus dem VgV-Verfahren zur Beauftragung der entsprechenden Planungsleistungen.
- Die Planungsziele (**Anlage 3**)
- Leistungsbeschreibung und Angebot des Auftragnehmers (**Anlage 4 bzw. 4.1 bis 4.5**)

2.2 Bei der Baumaßnahmen ist im Besonderen zu beachten:

- Sicherstellung der DGNB-Zertifizierung
- Vorgaben aus der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) sowie den Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR), insbesondere zu Flucht- und Rettungswegen, Verkehrswegen, Türen, Fluren, Beleuchtung und Lüftung.
- DGUV-Regelwerken, in Verbindung mit Sozialgesetzbuch VII (SGB VII)
- das CAD-Pflichtenheft des Immobilienservice der Stadt Mülheim an der Ruhr,
- das CAFM-Pflichtenheft des Immobilienservice der Stadt Mülheim an der Ruhr,



- die Leitlinie und Checkliste für eine barrierefreie Gestaltung öffentlicher Gebäude der Stadt Mülheim an der Ruhr

2.3 Der Auftragnehmer hat weiterhin u.a. zu beachten:

- Die bau- und planungsrechtlichen Vorschriften sowie die sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften
- Die Bestimmungen über Zuwendungen an kommunale Auftraggeber
- Die einschlägigen technischen Normen, Richtlinien und Bestimmungen
- Die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)
- Die Vergabeverordnung (VgV),
- Die Unterschwellenverordnung (UVgO)
- Die gesetzlichen Vergaberichtlinien und die Vergaberichtlinien des AG
- Das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein – Westfalen – TVgG - NRW, im Besonderen Umwelt- und Klimaschutz, Einhaltung der ILO-Mindeststandards, Nachhaltigkeit, Energieeffizienz
- Die Vergabeordnung für die Stadt Mülheim an der Ruhr in der aktuell gültigen Fassung.
- Allgemeine Bedingungen der Stadt Mülheim an der Ruhr

2.4 Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, gelten ergänzend nacheinander folgende Vertragsbestandteile:

- die Planungsziele
- die Leistungsbeschreibung
- das Angebot des Auftragnehmers
- die Zusätzlichen Vertragsbestimmungen für Verträge mit freiberuflich tätigen Objektplanern (ZVB)
- die Allgemeinen Vertragsbestimmungen für Verträge mit freiberuflich Tätigen (AVB)
- Allgemeine Bedingungen der Stadt Mülheim an der Ruhr
- die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure in der bei Vertragsabschluss geltenden Fassung (HOAI), hier: Fassung 2021
- Bestimmungen der §§ 650p ff. BGB in Verbindung mit den §§ 631 ff. BGB.

2.5 Soweit der AN gegenüber sonstigen am Bau Beteiligten, beispielsweise gegenüber der Stadt beauftragten Bauunternehmen, Planern, Bauüberwachern, Sonderfachleuten oder dergleichen, Maßnahmen ergreift, hat er die von der Stadt mit diesen anderen am Bau Beteiligten vereinbarten vertraglichen Regelungen zu berücksichtigen und seine Maßnahmen hiernach auszurichten.



- 2.6** Bei Widersprüchen zwischen einzelnen Vertragsgrundlagen gilt die gemäß der Reihenfolge in § 2 Absatz 2.4 vorrangige Grundlage. Unbeschadet dessen hat der AN die Stadt auf derartige Widersprüche, sobald sie für ihn erkennbar sind, hinzuweisen. Gleiches gilt, wenn innerhalb einzelner Vertragsgrundlagen Widersprüche vorhanden sein sollten.

§3

Stufenweise Beauftragung

- 3.1** Die Beauftragung des Auftragnehmers mit den vorbenannten Architekten-/Ingenieurleistungen erfolgt stufenweise.
- 3.2** Die vertragliche Abrufstufen werden wie folgt gegliedert:
- Abruf Leistungsstufe 1: HOAI-Leistungsphase 1 bis einschließlich 3
 - Abruf Leistungsstufe 2: HOAI-Leistungsphase 4
 - Abruf Leistungsstufe 3: HOAI-Leistungsphase 5 bis einschließlich 6
 - Abruf Leistungsstufe 4: HOAI-Leistungsphase 7
 - Abruf Leistungsstufe 5: HOAI-Leistungsphase 8
 - Abruf Leistungsstufe 6: HOAI-Leistungsphase 9
- 3.3** Mit dem Abschluss dieses Vertrages erfolgt die Beauftragung der Abrufstufe 1.
- 3.4** Soweit dies nach dem Planungs- und Baufortschritt sachgerecht ist, ist die Stadt auch befugt, die weitere Beauftragung auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen oder einzelne Abschnitte der Baumaßnahme zu beschränken, sofern es sich um abgrenzbare Teilleistungen handelt. Der Abruf der Leistungsstufen 2 bis 6 erfolgt jeweils durch schriftliche Mitteilung. Im Falle einer Übertragung weiterer Leistungsstufen gelten die Bedingungen dieses Vertrages.
- 3.5** Ein Rechtsanspruch des AN auf Abruf der in Abs. 3.2 genannten weiteren Leistungsstufen besteht nicht. Die Beauftragung der Leistungsstufen 2 bis 6 steht vielmehr unter der aufschiebenden Bedingung, dass die Stadt sie schriftlich abruft. Der AN ist verpflichtet, die Leistungen der weiteren Leistungsstufen zu erbringen, wenn die Stadt sie ihm überträgt.
- 3.6** Ruft der Auftraggeber (AG) die jeweils folgende Leistungsstufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist ab, ist der Auftragnehmer (AN) nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten



seit vollständiger Erfüllung der vorangegangenen Stufe berechtigt, den Vertrag zu kündigen. Voraussetzung ist, dass der AN den AG zuvor schriftlich zur Erklärung über die Anschlussbeauftragung aufgefordert und ihm hierzu eine Nachfrist von mindestens zwei Wochen gesetzt hat. Werden mehrere Leistungsstufen abgerufen, dürfen die hierfür insgesamt in Anspruch genommenen Abruffristen die Interessen des AN nicht unangemessen beeinträchtigen; insbesondere darf die Gesamtdauer der Abruffristen 18 Monate nicht überschreiten. Aus der Kündigung nach dieser Regelung erwachsen keiner Vertragspartei Schadensersatz-, Entschädigungs- oder zusätzliche Vergütungsansprüche; die Vergütungsansprüche für bis dahin erbrachte Leistungen bleiben unberührt.

- 3.7** Aus der stufenweisen Beauftragung kann der AN keine Erhöhung seines Honorars ableiten. Der AN hat im Falle der Nichtbeauftragung der weiteren Stufen keinen Honoraranspruch für diese.
- 3.8** Die Stadt ist auch berechtigt, das Projekt nach der Leistungsstufe 1 entsprechend der Planung des AN selbst zu verwirklichen oder durch einen Dritten verwirklichen zu lassen.
- 3.9** Der AN ist verpflichtet, sämtliche Leistungen der ihm übertragenen Leistungsstufen so auszuführen, dass die die Baumaßnahme mangelfrei hergestellt werden kann.
- 3.10** Der AN hat zusätzliche Leistungen, die im Vertrag noch nicht vereinbart waren, auszuführen, falls diese für die ordnungsgemäße Durchführung des Bauvorhabens notwendig sind und in seinen Tätigkeitsbereich fallen. Der AN ist in diesem Fall verpflichtet, der Stadt unverzüglich ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung vorzulegen. Voraussetzung für die Verpflichtung des AN, derartige zusätzliche Leistungen durchzuführen, ist das Zustandekommen einer schriftlichen Vereinbarung über die Vergütung dieser Arbeiten vor Leistungsbeginn. Im Übrigen erfolgen Vertragsänderungen nach Maßgabe der §§ 650b, 650c BGB.
- 3.11** Soweit Umplanungen aus sachlichen Gründen erforderlich werden, hat der AN diese durchzuführen. Soweit hierdurch erhebliche Mehraufwendungen beim AN entstehen, hat er einen Anspruch auf angemessene zusätzliche Vergütung. Hierüber ist vor Leistungsausführung eine schriftliche Vergütungsvereinbarung zu treffen.



§ 4

Umfang der Leistungen des Auftragnehmers

4.1 Grundleistungen

Der Auftragnehmer hat die in der **Anlage 4.** aufgeführten **Grundleistungen** aus dem Leistungsbild für **Gebäude und Innenräume** nach Anlage 10 HOAI zu erbringen.

4.2 Besondere Leistungen

Der Auftragnehmer hat die in **Anlage 4** aufgeführten **Besonderen Leistungen** aus den Leistungsbildern für **Gebäude und Innenräume** nach Anlage 10 HOAI zu erbringen.

4.3 Weitere besondere Leistungen

Die in **Anlage 4** aufgeführten weiteren besonderen Leistungen werden Bestandteil des Vertrages. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Der Auftraggeber behält sich vor, darüber hinaus weitere Besondere Leistungen nach Vertragsabschluss zu übertragen.

4.4 Der AN ist verpflichtet, dem AG rechtzeitig entsprechende Hinweise zu geben, wenn die Einschaltung weiterer Planer zur Erreichung des Gesamtprojekterfolges erforderlich ist.

4.5 Der AN hat die Leistungen der anderen an der Planung und Überwachung fachlich Beteiligten zeitlich und fachlich zu koordinieren, einschließlich der Leistungen, die vom Auftraggeber erbracht werden. Das heißt dass der AN die hierzu erforderlichen Abklärungen und Abstimmungen vorzunehmen hat, diese Leistungen mit seinen Leistungen abstimmt, in seine Leistungen einarbeitet und hierbei auf größtmögliche Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit achtet. Letzteres gilt auch im Hinblick auf die späteren Unterhaltungs- und Betriebskosten.

4.6 Der AN verpflichtet sich dazu, den AG rechtzeitig über Umstände zu informieren, die aus seinen Leistungsbereichen stammen und die zu Kostenerhöhungen oder Terminverzögerungen führen können, und soweit möglich dem AG Alternativen aufzuzeigen.

4.7 Der AN ist verpflichtet, den AG über die beabsichtigte Tatsache der Unterbeauftragung und deren Umfang vorab zu informieren. Der AG ist berechtigt, innerhalb von 14 Tagen zu widersprechen, falls in der Person des vorgesehenen Unterbeauftragten ein wichtiger Grund gegen die Unterbeauftragung sprechender Grund vorliegt.

4.8 Vertragsänderungen erfolgen nach Maßgabe der §§ 650b, 650q Abs. 2 BGB.

4.9 Datenformate und Zeichnungen



Der AN hat die von ihm zu übergebenden Unterlagen normengerecht farbig mit Planzeichen und Legende anzulegen sowie DIN-gerecht zu falten. Alle Pläne müssen - ungeachtet einer farbigen Darstellung - schwarz/weiß lesbar sein. Das Schriftbild des Auftraggebers ist zu übernehmen. Der Planungsstand, gemäß der HOAI Leistungsphasen ist auf den Plänen zu vermerken.

Zeichnungen, Beschreibungen und Berechnungen sind dem Auftraggeber in 3-facher Ausfertigung farbig sowie in einem vom Auftraggeber vorgegebenen Datenformat auf geeignetem Datenträger zu übergeben.

Ferner sind dem AG Mehrfertigungen der Zeichnungen, Beschreibungen und Berechnungen gegen gesonderte Vergütung zu übergeben.

4.10 Unterzeichnung

Der AN hat die von ihm angefertigten Unterlagen als "Verfasser" zu unterzeichnen.

4.11 Abstimmungsgespräche / Protokollführung

Die Leistungen umfassen die erforderlichen Abstimmungs- und Arbeitsgespräche. Der AN protokolliert sämtliche Gespräche und stimmt die Protokolle mit dem AG ab.

§5

Leistungen des Auftraggebers und anderer fachlich Beteiligter/Beteiligung von Fachbehörden

5.1 Der AG ist zur Zahlung entsprechend Projektfortschritt und den Vereinbarungen dieses Vertrages verpflichtet.

5.2 Der AG ist verpflichtet, umfassend und rechtzeitig an der Planung und Baurealisierung mitzuwirken. Hierzu gehören insbesondere soweit erforderlich die Erteilung entsprechender (weiterer) Aufträge an Planungs- und Baubeteiligte, die zeitnahe Entscheidung bei anstehenden Fragen über Planungs- und Bauinhalte und die Hinwirkung auf die weiteren Planungs- und Baubeteiligten zur rechtzeitigen Leistungserbringung und die rechtzeitige und ordnungsgemäße Zurverfügungstellung von etwaigen Eigenleistungen des AG.

5.3 Die Leistungen aus dem Leistungsbild nach § 34 HOAI, die entsprechend **Anlage 4** dem Auftraggeber zugeordnet sind, weil sie der Auftraggeber selbst oder ein von ihm



beauftragter Dritter erbringt, werden nicht zwangsläufig dem AN zur Verfügung gestellt.

5.5 Folgende Unterlagen stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer digital zur Verfügung:

- CAD-Pflichtenheft
- CAFM-Pflichtenheft
- Leitlinie und Checkliste für eine barrierefreie Gestaltung öffentlicher Gebäude der Stadt Mülheim an der Ruhr
- Vergabeordnung der Stadt Mülheim an der Ruhr
- Allgemeine Bedingungen der Stadt Mülheim an der Ruhr

5.6 Die Verträge mit den anderen an der Planung und Überwachung fachlich Beteiligten werden vom AG geschlossen.

5.7 Bei der Erarbeitung des Planungskonzepts sind u.a. folgende Fachbehörden (Dienststellen) zu beteiligen:

- Amt 26 - ImmobilienService
- Bauamt der Stadt Mülheim a. d. Ruhr
- Ordnungsamt der Stadt Mülheim a. d. Ruhr
- Genehmigungsbehörden
- Behindertenkoordination
- Feuerwehr
- MSS – Mühlheimer Sport-Service
- Vermessungs-/Katasteramt der Stadt (Geo-Daten-Kataster)
- Grünflächenamt der Stadt
- Stadtwerke (Gas, Abwasserentsorgung)
- MEDL (Gas- und Energieversorgung)
- RWW (Wasserversorgung)

§ 6

Termine und Fristen

6.1 Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen so ordnungsgemäß und rechtzeitig zu erbringen, dass die zwischen dem AG und den ausführenden Unternehmen vereinbarten Termine nicht aus Gründen gefährdet oder verzögert werden, die der AN zu vertreten hat. Er hat auf Verlangen des AG mit den planenden sowie bauausführenden Unternehmen eine



Planlieferliste zu erstellen, welche die zwischen dem AG und dem ausführenden Unternehmen vereinbarten Termine ausreichend berücksichtigt.

6.2 Die bautechnische Realisierung bzw. Ausführung der einzelnen Leistungsphasen ergibt sich aus der Anlage 3.2 Rahmenterminplan zur Umsetzung.

6.3 Der AN hat die ihm übertragenen Leistungen wie folgt vollständig terminlich zu erbringen:

Entwurfsplanung - LPH 1 bis 3 (Leistungsstufe 1)	bis zum	17.09.2026
Genehmigungsplanung - LPH 4 (Leistungsstufe 2)	bis zum	26.01.2027
Baubeginn – LPH 8	bis zum	02.05.2028
Bauende – LPH 8	bis zum	15.10.2029

Ziel ist es, die komplette Maßnahme im Jahr 2029 bautechnisch und bis zum spätestens zum 14.04.2030 kaufmännisch zu schließen und der Inbetriebnahme zuzuführen.

6.4 Sobald für den AN erkennbar ist, dass andere am Bau Beteiligte, insbesondere fachplanende und/oder bauausführende Unternehmen, so zögerlich arbeiten, dass die zwischen diesen und dem AG vereinbarten Termine gefährdet sind, hat er den AG hierauf schriftlich hinzuweisen, damit dieser die erforderlichen Maßnahmen in die Wege leiten kann.

§ 7

Vergütung des Auftragnehmers

7.1 Grundleistungen

Das Honorar der Grundleistungen folgt dem **Angebot** des AN der **Anlage 4.1 bis 4.6, einschließlich der zu beachtenden Leistungsbeschreibung in Anlage 4.2.**

- Anrechenbare **Kosten nach §§ 4, 6 und 33 HOAI:**

Das Honorar der Grundleistungen folgt den anrechenbaren Kosten des Objekts aus der **einvernehmlich festgestellten Kostenberechnung der Leistungsphase 3.**

Solange diese noch nicht vorliegt, erfolgt die Vergütung auf der Grundlage der Kosten-schätzung aus **Leistungsphase 2.**

- Das **Grundhonorar** folgt den **Honorartafeln** aus **§ 35** der HOAI



7.2 Zuschläge

- Das Honorar des **Umbau-/Modernisierungszuschlags nach § 6** der HOAI folgt den anrechenbaren Kosten des Objekts und dem **Angebot des Auftragnehmers aus Anlage 4.1 bis 4.5**
- Solange die Kostenberechnung noch nicht vorliegt, erfolgt die Vergütung der Zuschläge ebenfalls auf der Grundlage der Kostenschätzung aus Leistungsphase 2.

7.3 Besondere Leistungen

7.3.1 Besondere Leistungen der Leistungsbilder der HOAI

- Das Honorar der örtlichen Bauüberwachung folgt dem **Angebot des Auftragnehmers aus Anlage 4.1 bis 4.5** und den anrechenbaren Kosten des Objekts auf der Grundlage der einvernehmlich **festgestellten Kostenberechnung der Leistungsphase 3**
- Das Honorar der übrigen besonderen Leistungen der HOAI folgt dem **Angebot des Auftragnehmers aus Anlage 4.1 bis 4.5**.

7.3.2 Weitere Besondere Leistungen

Das Honorar für die weiteren besonderen Leistungen folgt dem **Angebot des Auftragnehmers aus Anlage 4.1 bis 4.5**.

7.4 Stundensätze

Für den Fall, dass **weitere Zusätzliche Leistungen** nach Vertragsabschluss übertragen und diese als **Zeithonorar** vergütet werden, gelten die in **Anlage 4.4 vereinbarten** Stundensätze.

7.5 Nebenkosten

7.5.1 Die nach § 14 HOAI erstattungsfähigen Nebenkosten folgen dem **Angebot des Auftragnehmers** auf dem Deckblatt der **Anlagen 4.1 bis 4.6**.

7.5.2 Zu den Nebenkosten gehören insbesondere nachfolgende Leistungen:

- a) Versand- und Zustellkosten, Post- und Fernmeldegebühren
- b) Fahrtkosten einschl. evtl. Tagegelder
- c) Plots und Großkopien von Zeichnungen zur Koordination innerhalb der beteiligten Planer bis zur Freigabe durch den Bauherrn
- d) Vervielfältigungen von Zeichnungen, Berechnungen, Beschreibungen und Anträgen für Genehmigungen bei Behörden, Ver- und Entsorgern und sonstigen



Genehmigungsbeteiligten in erforderlicher Anzahl

- e) Vervielfältigungen von Zeichnungen in der Planungsphase in 3-facher Ausfertigung zur Dokumentation je Leistungsphase und nach Freigabe durch den Bauherrn
- f) CD-R/DVD-R mit allen CAD-Ausführungsplänen als DWG- und PDF-Dateien gem. CAD-Pflichtenheft des ImmobilienService der Stadt Mülheim an der Ruhr, Leistungsbeschreibungen im GAEB und PDF-Format, Beschreibungen im PDF-Format, Berechnungen im Original- und PDF-Format je Gewerk / Auftragnehmer 3-fach, für: - Bauherrn 2-fach, für ausführende Firma 1-fach
- g) alle Kosten für Fotokopien DIN A3 und DIN A4
- h) Vervielfältigungen von Leistungsverzeichnissen einschl. aller Anlagen, je Gewerk 2-fach
- i) Fotodokumentation für den Bauherrn auf CD oder DVD

7.6 Abschlag

Die Parteien vereinbaren einen Abschlag

in Höhe von **xxxx Prozent**

auf das Gesamthonorar für die Grundleistungen (Architektenleistungen). Der prozentuale Abschlag oder Zuschlag wird nur auf das Honorar für die zu erbringenden Grundleistungen berechnet. Er wird nicht auf Honorarpauschalen oder auf Stundenhonorare angewendet.

Sollte sich während der Vertragsdauer herausstellen, dass für die Erstellung des Objekts weitere besondere oder zusätzliche Leistungen des AN erforderlich sind, hat der AN diese zu erbringen, falls zuvor eine schriftliche Vereinbarung über die zusätzliche Vergütung dieser Leistungen getroffen wurde. Kommt keine Einigung zustande, gilt § 650c BGB.

7.7 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer für das Honorar des Auftragnehmers und für die zu erstattenden Nebenkosten wird gesondert gezahlt.



§ 8

Abrechnungen, Zahlungen

- 8.1** Der AN ist berechtigt, in angemessenen zeitlichen Abständen, jedenfalls kalendermonatlich, für nachgewiesene Leistungen Abschlagszahlungen zu fordern. Macht er von diesem Recht Gebrauch, hat er prüfbare Abschlagsrechnungen einzureichen. Diesen sind Nachweise beizufügen, denen die Stadt entnehmen kann, dass der AN den behaupteten Leistungsstand erreicht hat. Die ordnungsgemäß erstellten Abschlagsrechnungen werden binnen 30 Kalendertagen nach Eingang bei der Stadt fällig. Für Abschlagszahlungen gilt im Übrigen § 632a BGB.
- 8.2** Nach vertragsgemäßer Erbringung der Leistungen und entsprechender Abnahme hat der AN unverzüglich eine prüfbare Honorarschlussrechnung zu erstellen. Es gilt § 650 g Abs. 4 BGB. Hierbei ist es erforderlich und ausreichend, dass die Stadt unter Zugrundelegung seiner Kenntnisse von dem Bauvorhaben in die Lage versetzt wird, die jeweilige Rechnung zu prüfen und die Richtigkeit der einzelnen Ansätze zu beurteilen. Die hierzu erforderlichen Nachweise, Belege und dergleichen sind der Honorarschlussrechnung beizufügen. In die Schlussrechnung kann der AN auch die Beträge bereits verjährter Abschlagsforderungen als Rechnungsposten einstellen; auch diese Beträge sind von der Stadt im Zusammenhang mit der Schlussrechnung zu vergüten.
- 8.3** Der AG hat etwaige Einwendungen gegen die Prüfbarkeit von Abschlags- oder Schlussrechnungen des AN innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Zugang der jeweiligen Rechnung vorzubringen. Unterlässt er dies, kann er sich nicht mehr auf eine etwaige fehlende Prüfbarkeit der betreffenden Rechnung berufen. Gleiches gilt, wenn der AG selbst eine Schlussabrechnung des Vertragsvornimmt und einen Anspruch auf Rückzahlung bezahlten Honorars geltend macht.
- 8.4** Ist die Schlussrechnung nur in Teilen prüffähig, kann der AN die Bezahlung eines etwaigen Guthabens verlangen, das sich unter Berücksichtigung der Voraus- und Abschlagszahlungen bereits aus dem prüffähigen Teil ergibt.



§ 9

Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

- 9.1** Der Auftragnehmer hat seine Leistungen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und verbindlichen behördlichen Bestimmungen auszuführen. DIN-Normen und vergleichbare technische Regelwerke gelten als Vermutungsregel für die allgemein anerkannten Regeln der Technik. Sie sind maßgeblich, soweit sie den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Soweit neu eingeführte oder geänderte DIN-Normen den allgemein anerkannten Regeln der Technik noch nicht entsprechen, gilt vorrangig der Stand der allgemein anerkannten Regeln der Technik. Abweichungen von DIN-Normen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik sind nur zulässig, wenn sie zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer ausdrücklich vereinbart und technisch gleichwertig sind.
- 9.2** Der AN hat die Bauwünsche des AG zu ermitteln und insbesondere bei seiner Planung zu berücksichtigen. Hierbei hat er den AG auch über technische Möglichkeiten aufzuklären, mit denen dessen Zielvorstellungen verwirklicht werden können.
- 9.3** Im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen hat der AN die Verpflichtung, den AG – soweit erforderlich – über alle bei der Durchführung seiner Aufgabe wesentlichen Angelegenheiten zu unterrichten. Wird erkennbar, dass die erwarteten Baukosten nicht unerheblich überschritten werden, hat er den AG unverzüglich hierüber zu unterrichten. Der AN hat jederzeit über die entstandenen und noch zu erwartenden Kosten auf Verlangen des AG Auskunft zu erteilen. Die Kostenkontrollen nach den Leistungsbildern der HOAI sind vom AN in den entsprechenden Leistungsphasen zu erstellen und dem AG zu übergeben.
- 9.4** Der AN nimmt an allen das Bauvorhaben betreffenden Besprechungen, zu denen er vom AG oder dessen Beauftragten eingeladen wird, teil. Er ist berechtigt, hierzu einen mit der Abgabe sämtlicher Willenserklärungen und der Vornahme sämtlicher Rechtshandlungen im Zusammenhang mit dem AG bestehenden Vertragsverhältnis bevollmächtigten Vertreter zu entsenden. Der AN hat dem AG auf Verlangen die Bevollmächtigung des Vertreters nachzuweisen.



- 9.5** Der AN hat den AG im Rahmen seiner Aufgaben zu beraten, zu unterstützen und laufend rechtzeitig und vollständig zu unterrichten.
- 9.6** Der AN ist im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben zur Wahrung der Interessen des AG berechtigt und verpflichtet. Er hat ihn unverzüglich zu unterrichten, wenn sich Umstände ergeben, aus denen sich Ansprüche des AG gegen sich oder sonstige am Bau Beteiligte ergeben könnten.
- 9.7** Bei Unstimmigkeiten hat der AN den AG unverzüglich einzuschalten. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AN und anderen am Bau Beteiligten hat der AN dem AG mitzuteilen und eine Entscheidung herbeizuführen.
- 9.8** Der mit der Planung beauftragte AN hat besonders schadensträchtige Details der Ausführung im Einzelnen zu planen und dem Unternehmer in einer jedes Risiko ausschließenden Weise zu verdeutlichen.
- 9.9** Der mit der Bauaufsicht beauftragte AN ist verpflichtet, bei wichtigen oder bei kritischen Baumaßnahmen, die erfahrungsgemäß ein hohes Mängelrisiko aufweisen, eine erhöhte Aufmerksamkeit anzuwenden und die Bauaufsicht besonders intensiv wahrzunehmen. Insbesondere bei besonders schadensträchtigen Details hat der bauaufsichtsführende AN die Arbeiten bereits während der Leistungserbringung daraufhin zu überprüfen, ob sie fachgerecht erbracht werden.
- Ist dies nicht der Fall, hat er den Unternehmer bereits während der Leistungserbringung zur fehlerfreien Ausführung zu veranlassen. Macht der AG gegen den AN Ansprüche wegen der Verletzung von Bauüberwachungspflichten geltend, hat der AG die behauptete Pflichtverletzung des AN darzulegen und zu beweisen.
- Spricht der typische Geschehensablauf dafür, dass die Bauüberwachung des AN mangelhaft war, muss der AG nicht im Einzelnen darlegen und beweisen, inwieweit es der AN an der erforderlichen Überwachung hat fehlen lassen. In diesem Fall ist es Sache des AN, den ersten Anschein einer Pflichtverletzung dadurch auszuräumen, dass er darlegt, welche Überwachungsmaßnahmen er oder seine Erfüllungshilfen durchgeführt haben.
- 9.10** Der AN hat dem AG jederzeit und unverzüglich auf Verlangen die das Bauvorhaben betreffenden Auskünfte zu erteilen und hierbei insbesondere Einblick in seine Unterlagen zu



gewähren und die erforderlichen Planungsunterlagen zur Verfügung zu stellen.

- 9.11** Der mit der Objektüberwachung beauftragte AN ist verpflichtet, Abschlagsrechnungen der bauausführenden Unternehmen daraufhin zu überprüfen, ob sie der vertraglichen Vereinbarung entsprechen, ob sie fachtechnisch und rechnerisch richtig sind und ob die zugrunde gelegten Leistungen erbracht sind.
- 9.12** Der AN ist verpflichtet, sämtliche im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben stehenden Unterlagen, insbesondere Pläne, fünf Jahre nach Abschluss sämtlicher Leistungen aufzubewahren. Vor einer Vernichtung derselben ist er verpflichtet, diese Unterlagen dem AG zur Abholung anzubieten.
- 9.13** Der AN hat die ihm übertragenen Leistungen persönlich mit seinem Büro zu erbringen. Eine Weitergabe der Leistungen an andere Personen, Büros etc. ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG zulässig.

§ 10

Haftung des Auftragnehmers / Mängel

- 10.1** Der AN haftet uneingeschränkt für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung des AN oder eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen des AN beruhen.

Der AN haftet weiter für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung des AN, eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen des AN beruhen.

- 10.1** Die Mängelansprüche des AG richten sich nach den werkvertraglichen Vorschriften der §§ 633 ff. BGB. Jedoch ist der Rücktritt vom Vertrag ausgeschlossen. Stattdessen gelten die in § 14 festgehaltenen Kündigungsregelungen.

Die Mängelansprüche des AG gegen den AN verjähren nach 5 Jahren. Die Verjährung beginnt zum Zeitpunkt der Abnahme gemäß § 13. Für die Leistungen bis einschließlich



Leistungsphase 8 beginnt die Verjährung mit der Teilabnahme gemäß § 13 Abs. 3, wenn eine solche erfolgt ist.

§ 11

Haftpflichtversicherung

11.1 Der AN hat eine Haftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen für Einzelschadensfälle abzuschließen und bis zur Beendigung seiner Leistungen aufrechtzuerhalten:

- für Personenschäden: mindestens 2.000.000,00 Euro
- für sonstige Schäden: mindestens 1.000.000,00 Euro
(Sach- und/oder Vermögensschäden)

11.2 Der AN hat dem AG auf Verlangen eine Bestätigung des Versicherungsunternehmens vorzulegen, aus der sich Art der Versicherung und Höhe der Versicherungssummen ergeben. Legt der AN die Bestätigung nicht vor, so kann der AG dem AN eine angemessene Nachfrist zur Nachholung dieser Leistungen setzen. Kommt der AN seinen Pflichten zum Nachweis des Versicherungsschutzes auch innerhalb der Nachfrist nicht nach, kann der AG den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen.

§ 12

Abnahme

12.1 Für die Abnahme gelten die §§ 640, 650g Abs. 1 bis 3 BGB .

12.2 Die Leistungen des AN müssen förmlich abgenommen werden. Hierzu erstellen der AN und die Stadt nach ordnungs- und vertragsgemäßer Erbringung sämtlicher geschuldeter Leistungen des AN ein von beiden Seiten zu unterzeichnendes Abnahmeprotokoll.

12.3 Der Auftragnehmer hat die förmliche Abnahme seiner Leistungen rechtzeitig, mindestens drei Wochen vor dem gewünschten Abnahmetermin, schriftlich beim Auftraggeber anzukündigen.



- 12.4** Auftragnehmer und Auftraggeber verpflichten sich, innerhalb von 12 Werktagen einen gemeinsamen Termin zur förmlichen Abnahme festzulegen. Der Abnahmetermin soll grundsätzlich innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der Ankündigungsfrist stattfinden.
- 12.5** Die Abnahme erfolgt ausschließlich in diesem Termin durch eine ausdrückliche, förmliche Erklärung des Auftraggebers. Ein automatischer Eintritt der Abnahme durch Zeitablauf oder Nichtteilnahme ist ausgeschlossen.
- 12.6** Die gesetzlichen Rechte des Auftraggebers, insbesondere die Möglichkeit, die Abnahme bei nicht abnahmereifer Leistung zu verweigern oder Mängel zu rügen, bleiben uneingeschränkt bestehen
- 12.7** Sind dem AN auch Leistungen der Leistungsphase 9 beauftragt, ist er nach ordnungsgemäßem Abschluss der Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 8 berechtigt, eine Teilabnahme der bis dahin erbrachten Leistungen zu verlangen.

§ 13

Kündigung

- 13.1** AG und AN können den Vertrag jeweils aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem kündigenden Teil unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zur Fertigstellung des Werks nicht zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in einer Vertragsverletzung der jeweils anderen Partei, ist eine Kündigung nur nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig; im Übrigen gelten die Vorschriften in §§ 648a Abs. 3, 314 Abs. 2 und 3 BGB sowie § 648a Abs. 2, 4 und 6 BGB.
- 13.2** Kündigt der AG den Vertrag aus wichtigem Grund, der vom AN zu vertreten ist, hat dieser nur Anspruch auf Vergütung der von ihm tatsächlich erbrachten Leistungen.
- 13.3** In allen übrigen Fällen einer Kündigung des Vertrags durch den AG hat der AN Anspruch auf Bezahlung der vereinbarten Vergütung. Er muss sich jedoch dasjenige anrechnen



lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. Hierbei hat der AN zunächst die erbrachten Leistungen vorzutragen und diese von dem nicht ausgeführten Teil der Leistung abzugrenzen. Haben die Parteien Teilleistungen bei Vertragsabschluss bewertet, kann diese Bewertung bei der Abrechnung zugrunde gelegt werden. Der AN hat bei der Erstellung seiner Schlussrechnung darzulegen, welche Aufwendungen er sich infolge der Vertragsbeendigung erspart hat und, bejahendenfalls, welche Einnahmen er infolge der Vertragsbeendigung anderweitig erzielt hat oder zu erzielen böswillig unterlassen hat.

13.4 Das Sonderkündigungsrecht des § 650 r BGB bleibt unberührt.

13.5 Die Kündigung bedarf der Schriftform

§ 14

Nutzungsrecht

14.1 An den vom AN erbrachten urheberrechtlich geschützten Leistungen und Arbeitsergebnissen, wie insbesondere den Planungen, überträgt der AN hiermit auf den AG das ausschließliche Nutzungsrecht. Mit eingeschlossen ist das Bearbeitungsrecht.

14.2 Die vorstehende Nutzungsrechtsübertragung umfasst insbesondere das Recht des AG, die Leistungen und Arbeitsergebnisse – ganz oder in Teilen – zu vervielfältigen, einschließlich der Errichtung der in § 1 dieses Vertrags genannten Baumaßnahme, sowie das Nachbaurecht. Mit eingeschlossen ist ferner das Recht, die Leistungen und Arbeitsergebnisse, einschließlich der errichteten Baumaßnahme bzw. Vervielfältigungen hiervon – ganz oder in Teilen – zu veröffentlichen, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben, wie insbesondere öffentlich zugänglich zu machen und zu versenden.

14.3 Die Nutzungsrechte beinhalten weiterhin das Recht des AG, Änderungen und Bearbeitungen an den Leistungen und Arbeitsergebnissen sowie der auf deren Grundlage errichteten Baumaßnahme vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen, einschließlich An- und Umbauten, Umgestaltungen, Erweiterungen, Nutzungsänderungen, Reparaturen und



Modernisierungen, soweit damit keine Entstellungen des Werkes verbunden sind und dies dem AN unter Abwägung der Urheber- und Eigentümerinteressen zuzumuten ist.

- 14.4** Der AG ist berechtigt, die Nutzungsrechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, von Dritten ausüben und ausführen zu lassen sowie Dritten hieran weitere Nutzungsrechte einzuräumen.
- 14.5** Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN im Zusammenhang mit vorstehender Nutzungsrechtsübertragung abgegolten. Der AN stellt den AG von sämtlichen Vergütungsansprüchen frei, die im Zusammenhang mit der Nutzungsrechtsübertragung bzw. Ausübung der Nutzungsrechte gegen ihn geltend gemacht werden.
- 14.6** Der AN garantiert, dass der AG alle nach diesem Vertrag übertragenen Rechte und Befugnisse vollumfänglich erwirbt, diese weder ganz noch teilweise auf Dritte übertragen wurden oder mit Rechten Dritter belastet sind. Der AN garantiert ferner, dass weder bei der Schaffung noch bei der Nutzung der Leistungen und Arbeitsergebnisse Rechte Dritter verletzt werden, die zu Ansprüchen gegen den AG führen können. Der AN stellt den AG von sämtlichen Ansprüchen Dritter, insbesondere Urheber, die gegen den AN erhoben werden sollten, frei. Ihm bekanntwerdende Beeinträchtigungen der vertragsgegenständlichen Rechte hat der AN dem AG unverzüglich mitzuteilen. Die Freistellung beinhaltet auch die Rechtsverfolgung/-verteidigung durch den AG bzw. umfasst den Ersatz der dem AG durch die notwendige Rechtsverfolgung/-verteidigung entstehenden bzw. entstandenen Kosten, soweit diese nicht von Dritten zu erstatten sind. Sonstige Ansprüche des AG aus einer Garantieverletzung bleiben unberührt.
- 14.7** Der AN ist berechtigt – auch nach Beendigung dieses Vertrags – das Bauwerk oder die bauliche Anlage mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG zu betreten, um fotografische oder sonstige Aufnahmen zu fertigen; deren Veröffentlichung bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG sowie der Einräumung entsprechender Nutzungsrechte durch den AG. Dem AN steht das Recht zu, auf den Planunterlagen, am Bauwerk oder an baulichen Anlagen bzw. im Rahmen diesbezüglicher Veröffentlichungen namentlich in branchenüblicher Weise genannt zu werden.
- 14.8** Die vorstehenden Bestimmungen bleiben von einer Beendigung des Vertrags unberührt. Im Falle einer Kündigung des Vertrags, gleich aus welchem Grunde, umfasst die



Nutzungsrechtsübertragung diejenigen Arbeitsergebnisse und Leistungen, die der AN bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung geschaffen hat.

§ 15

Vertragsstrafe wegen Überschreitung von Ausführungsfristen

- 15.1** Für den Fall, dass der Auftragnehmer die unter § 6, Punkt 6.3 vereinbarten Termine (Meilensteine) aus von ihm zu vertretenden Gründen überschreitet, verwirkt er eine Vertragsstrafe.
- 15.2** Die Vertragsstrafe beträgt:
- für die Überschreitung von Planungsmeilensteinen (Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung): **0,15 Prozent der Nettoauftragssumme pro Werktag des Verzugs,**
 - für die Überschreitung des Termins „Baubeginn“: **0,15 Prozent der Nettoauftragssumme pro Werktag des Verzugs,**
 - für die Überschreitung des Fertigstellungstermins „Bauende“: **0,15 Prozent der Nettoauftragssumme pro Werktag des Verzugs.**
- 15.3** Die Vertragsstrafe ist insgesamt auf **höchstens 5 Prozent der Nettoabrechnungssumme** begrenzt.
- 15.4** Die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzansprüche bleibt unberührt; eine verwirkte Vertragsstrafe wird jedoch auf einen etwaigen Schadensersatzanspruch angerechnet.
- 15.5** Der Auftraggeber behält sich vor, die Vertragsstrafe bis zur Abnahme der Leistungen geltend zu machen (§ 341 Abs. 3 BGB).

§ 16

Kontrollrechte, Vertragsstrafenregelung, und Sonderkündigungsrecht nach TVgG NRW

- 16.1** Der AG ist berechtigt Kontrollen durchzuführen, um die Einhaltung der dem AN sowie den Nachunternehmern und den Verleihern von Arbeitskräften auf Grund des TVgG NRW auferlegten Verpflichtungen zu überprüfen. Der AG darf sich zu diesem Zweck die Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern, Abgaben und Beiträgen sowie die abgeschlossenen Verträge in anonymisierter Form vorlegen lassen, diese prüfen und hierzu Auskünfte verlangen. Der AN sowie die Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften haben ihre jeweiligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die



Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen. Der AN ist verpflichtet, dem AG ein entsprechendes Auskunfts- und Prüfrecht bei der Beauftragung von Nachunternehmern und von Verleihern von Arbeitskräften einräumen zu lassen.

- 16.2** Der AN ist verpflichtet, die in § 2 Abs. 1 bis Abs. 4 TVgG NRW genannten Vorgaben einzuhalten. Für jeden schuldhaften Verstoß gegen die Verpflichtungen aus § 2 Abs. 1 bis 4 TVgG NRW kann der AG gegen den AN eine Vertragsstrafe in Höhe von einem Prozent, bei mehreren Verstößen in Höhe von bis zu fünf Prozent des Auftragswertes (netto), geltend machen. Die Gesamthöhe aller Vertragsstrafen, einschließlich der Vertragsstrafen infolge Fristüberschreitung nach §15 dieses Vertrags ist auf maximal 5 % des Nettoauftragswertes begrenzt.
- 16.3** Der AG kann im Falle der Nichterfüllung der Verpflichtungen aus § 2 Abs. 1 bis 4 TVgG NRW durch den AN den Vertrag fristlos kündigen.

§ 17

Schlussvorschriften

- 17.1** Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags einschließlich seiner Anlagen bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Abbedingung dieses Schriftformerfordernisses. Mündliche Nebenabreden haben die Parteien nicht getroffen.
- 17.2** Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrags oder seiner Anlagen unwirksam sein oder werden sollten, wird davon die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, die unwirksamen Vereinbarungen durch solche Regelungen zu ersetzen, die dem Sinn der unwirksamen Bestimmungen jeweils am nächsten kommen. Gleiches gilt bei Vertragslücken.

Der Oberbürgermeister
Amt 26 - ImmobilienService



Mülheim an der Ruhr, den

xxx, den

.....
Stadt Mülheim an der Ruhr
ImmobilienService

.....
xxx

ENTWURF